



AUFRUF DER PLATTFORM 25:

Es reicht! Für alle. Fair teilen statt kürzen.

Stellungnahmen von renommierten unabhängigen Institutionen wie der Kinder- und Jugendanwaltschaft Steiermark, dem Menschenrechtsbeirat der Stadt Graz und der Volksanwaltschaft belegen: Die Kürzungen der Landesregierung im Sozialbereich verletzen nationales und internationales Recht. Doch das ist nur die Spitze eines Eisberges: Die Kahlschlagpolitik der selbst ernannten „Reformpartner“ vernichtet Arbeitsplätze im Kultur- und Sozialbereich, schließt Schulen und Spitäler, bringt Kinder und Jugendliche um ihre Zukunftschancen, nimmt Menschen mit Behinderung ihre Lebensqualität und bedroht die Existenz von sozial Schwachen – Frauen sind vielfach mehrfach betroffen.

Doch völlig ungerührt von aller Kritik will die Landesregierung am 11.12.2012 ein weiteres Doppelbudget für die Jahre 2013/14 beschließen – mit Kürzungen im Ausmaß von insgesamt über 200 Millionen Euro. **Wieder sind der Gesundheits-, Sozial-, Bildungs- und Kulturbereich massiv betroffen:**

Weitere **Spitalsschließungen** stehen unmittelbar bevor, im Gegensatz zu anders lautenden Medienberichten soll die Privatisierung des LKH West wie geplant durchgeführt werden.

Nochmals 12 Millionen Euro sollen in der Behindertenhil-

fe gekürzt werden, davon 8 Millionen in der Arbeitsintegration – besonders kurzsichtig, da mittels Arbeitsintegrationsmaßnahmen Menschen im ersten Arbeitsmarkt Fuß fassen können, die andernfalls lebenslang auf Unterstützung durch die öffentliche Hand angewiesen sind.

Jugendlichen über 18 Jahre soll künftig der Zugang zur **Jugendwohlfahrt** verwehrt werden, Kürzungen im Ausmaß von 8 Millionen Euro sind in diesem Bereich vorgesehen. Auch hier wird an der Zukunft des Landes gespart. Die angekündigte „Flurbereinigung“ im Kulturbereich bedroht insbesondere kritische, unangepasste **Kulturinitiativen**, die nicht auf Regierungslinie sind.

Weitere **Schulschließungen** und eine drastische Reduktion des Budgets für die Fachhochschulen sind im Bildungsbereich geplant.

Diesen weiteren Anschlag auf die Lebensqualität der steirischen Bevölkerung werden wir nicht zulassen! Die Krise darf nicht als Vorwand genutzt werden, um den Sozialstaat scheinchenweise zu demontieren! Geld ist genug da: für sündteure Eventpolitik, für die Wirtschaftsförderung multinationaler Konzerne und für die milliardenschwere Bankenrettung – allein die Hypo Alpe Adria benötigt zusätzlich 2,2 Milliarden (!).

Diese Politik muss ein Ende haben!

WIR WEHREN UNS!

DIE PLATTFORM 25 FORDERT:

- ✦ **PLUS 25 % FÜR KULTUR, SOZIALES, FRAUEN, BILDUNG UND GESUNDHEIT!**
- ✦ wirksame Sofortmaßnahmen zur Einhaltung der UN-Kinderrechtskonvention und der UN-Konvention für Menschen mit Behinderungen, sowie zur Armutsbekämpfung!
- ✦ Vermögenssteuern statt Sozialabbau zur Sanierung der öffentlichen Haushalte!
- ✦ öffentliche Mittel, um die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern herzustellen!